



München, den 20.06.2023

Sehr geehrter Ministerpräsident Dr. Söder,

die Aussage des stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger „Jetzt ist der Punkt erreicht, wo endlich die schweigende große Mehrheit dieses Landes sich die Demokratie wieder zurückholen muss (...)“ auf der Demo in Erding am 10.06. hat die Gemüter erhitzt und Debatten über die Grenzen des Sagbaren in der bayerischen Gesellschaft angefacht. „Wie halten es die Regierenden mit unserer Demokratie?“ war nur eine Frage von vielen, die danach an den Küchentischen, in den Medien, im Netz und im Bayerischen Landtag diskutiert worden ist. Klar ist für uns als Oppositionsführung: In der aufgeheizten Stimmung von Kundgebungen oder politischen Auseinandersetzungen können Fehler passieren. Unbedachtes wird geäußert, manches klingt vielleicht eine Spur schriller als geplant. Es gibt immer die Möglichkeit, das Gesagte danach einzuordnen, sich zu entschuldigen, sich zu distanzieren. Es ist nun über eine Woche vergangen und nichts davon ist passiert. Das besorgt und irritiert uns.

Aus unserer Sicht haben Regierende und Vertreter*innen des Staates eine Vorbildfunktion und eine besondere Verantwortung für unser Land. Sie sind qua Amt verantwortlich dafür, das Vertrauen in die Demokratie und seine Institutionen zu stärken. Wenn ein führender Vertreter des Freistaat Bayerns das Gegenteil tut und Demokratieverächtern nach dem Mund redet, gibt das denen Auftrieb, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zerstören wollen. Wenn ein stellvertretender Ministerpräsident Bayerns die demokratische Legitimation der Bundesregierung in Zweifel zieht, ist das brandgefährlich für den Bestand unserer Demokratie und überschreitet deutlich eine rote Linie.

Bedauerlicherweise haben Sie es bislang unterlassen, den stellvertretenden Ministerpräsidenten mit Hilfe des Landtags von seinem Amt zu entlassen. Auch haben sie noch nicht klar Stellung bezogen zu der demokratiefeindlichen Äußerung Ihres



Stellvertreter. Bei solch einer Aussage reicht es nicht, lose darauf hinzuweisen, dass Politiker*innen sich nicht bei der Wählerschaft der AfD anbieten sollten. Die Menschen erwarten eine klare Aussage von ihrer Seite, wie sie zu den Worten des stellv. Ministerpräsidenten stehen. Als Ministerpräsident wäre es Ihre Aufgabe, den Menschen in Bayern Orientierung zu geben, wenn Ihre Regierung Unsicherheit auslöst. Gerade dann, wenn demokratische Grundsätze von einigen in Frage gestellt werden.

Wir erwarten, dass Sie öffentlich klarstellen: Spricht Hubert Aiwanger oder ein anderes Regierungsmitglied nochmal so, kann er als Minister oder Ministerin nicht im Amt bleiben. Wir fordern Sie daher erneut dazu auf: Stellen Sie sich Ihrer Verantwortung, nennen Sie Hubert Aiwanger beim Namen und distanzieren Sie sich klar und unmissverständlich von seinen Aussagen. Sonst zerstören Sie das Vertrauen der Menschen in Bayern. Das gebietet der Anstand eines demokratisch gewählten Politikers. Wer an unserer Demokratie zweifelt, kann sie nicht gleichzeitig vertreten. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf zu erfahren, ob die CSU weiterhin gefährlichen Populismus in der Regierung möchte. Zur politischen Auseinandersetzung gehören Vorschläge, Ideen und auch Kritik – ob an der Staatsregierung, oder an uns GRÜNEN als treibende Kraft der Regierung in Berlin – ja, dazu gehört Streit in der Sache, auch mal emotional, aber immer mit Anstand und Fairness im Umgang. Das dürfen Sie mit Recht von uns als Opposition erwarten und das erwarten wir umso mehr von der Staatsregierung und der sie tragenden Parteien und Persönlichkeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Katharina Schulze
Fraktionsvorsitzende

Ludwig Hartmann
Fraktionsvorsitzender